

NACHRICHTEN

Tausende Menschen kamen im Januar nach Lützerath, um die Räumung des Dorfes zu verhindern.

3

PROJEKTE

Der Frauenchor »Judiths Krise« wird 30 Jahre alt. Fünf Sänger*innen blicken zurück.

5

BEWEGUNG

Intercambio: Genoss*innen aus Venezuela und Deutschland sprechen über ihr Austauschprojekt.

7

BIOTONNE

Ein bunter Zusammenschluss von Menschen will aus Wolfsburg eine Verkehrswendestadt machen.

13



▲ Die Bürgerwerke eG - Dachgenossenschaft der Energiegenossenschaften - hat eine Vorreiterfunktion für wirtschaftliche Kooperation.

Foto: Bürgerwerke eG

Teilgabe: Geben und Nehmen für's Gemeinwohl

Ein aktuelles Forschungsprojekt zur bürgerschaftlichen, genossenschaftlichen und sozialunternehmerischen Gestaltung von gemeinwohlorientierter Versorgung wird zugespitzt mit dem Begriff Teilgabe bezeichnet. Macht diese Wortschöpfung »Sinn«?

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Teilgabe bedeutet genau genommen nur mitmachen, aber Teilgabe beinhaltet, beim Mitmachen auch etwas zu geben. Teilgabe und Teilgabe werden geprägt durch gleichzeitiges Nehmen und Geben. Teilgabe besagt laut der Erziehungswissenschaftlerin Marianne Gronemeyer, dass jedes Mitglied einer Gruppe, Organisation oder Gesellschaft auch selbst seinen Beitrag zur Gestaltung des Miteinanders einbringen kann und will.

Viele zivilgesellschaftliche alternativökonomische Initiativen leisten einen Beitrag für die soziale und wirtschaftliche Versorgung in ihrem

unmittelbaren Umfeld, aber auch überregional. Sie machen dies in den Formen bürgerschaftliches Engagement, Genossenschaften und Sozialunternehmertum. Das Forschungsprojekt Teilgabe steigt tief in diese Themenfelder ein, um in Abgrenzung zu den eher passiven Formen der Bürgerbeteiligung deren besondere Qualität der Teilgabe und Teilnahme am Gemeinwesen zu stärken.

An den Beispielen Plattform-Kooperativismus, Energiegenossenschaften, Solidarische Landwirtschaftsbetriebe und Seniorengemeinschaften werden unterschiedliche Ausprägungen in branchenbezogenen Fallstudien aufgearbeitet. Diese veranschaulichen sehr ungleichzeitige Entwicklungen

der Kooperation, die weitergehenden Bedarfe der Betriebe nach mehr Unterstützung und die Voraussetzungen mittelfristiger Erfolge.

Das Projekt passt hervorragend in die aktuelle »Nationale Strategie für Sozialunternehmen« der Bundesregierung. Für diese zeichnet Staatssekretär Sven Giegold im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz verantwortlich. Darin geht es um die Frage: »Wie können wir Sozialunternehmen, Genossenschaft, gemeinwohlorientierte Start-ups am besten stärken?« Genau dafür leisten die Ergebnisse des Projekts Teilgabe einen aktiven Beitrag.

In dem Schwerpunkt stehen verbundwirtschaftliche Ansätze der

Zusammenarbeit im Mittelpunkt. Nach einer mehr konzeptionell theoretischen Einführung des Genossenschaftswissenschaftler Johannes Blome-Drees werden die gegenwärtigen Aktivitäten des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft dargestellt. Hier nehmen die sozialintegrativen Leistungen für die Mitgliedsbetriebe bisher noch breiten Raum ein. Im Unterschied dazu hat die Dachgenossenschaft Bürgerwerke eG eine Vorreiterfunktion für die wirtschaftliche Stärkung der Energiegenossenschaften. Sie kann weit über die eigene Branche hinaus als Vorbild dienen.

Dagegen steckt die Zusammenarbeit der Seniorengemeinschaften noch »in den Kinderschuhen«.

Weder bundesweit noch länderbezogen treibt hier bisher eine Organisation die Vernetzung voran. Eine Querschnittsfunktion für gemeinsames Handeln kommt der Fallstudie Plattform-Kooperativismus zu. Damit einhergehende digitale Ökonomisierungsleistungen machen Sinn für alle Branchen gemeinwohlorientierten Wirtschaftens. Wer die Ergebnisse des Forschungsprojekts für eigene Aktivitäten nutzen will, sollte sich den Termin der »Bundesversammlung des kooperativen Wirtschaftens in Deutschland« (24. Juni 2023 in Kassel) in seinem Terminkalender vormerken.

Schwerpunkt auf den Seiten 9 bis 12

DURCHSUCHUNGEN BEI RADIO DREYECKLAND UND MITARBEITERN

Angriff auf die Presse- und Rundfunkfreiheit

In den Räumen von Radio Dreieckland (RDL) in Freiburg kam es am Morgen des 17. Januar zu einer Hausdurchsuchung. Die Polizist*innen durchsuchten außerdem die privaten Wohnungen eines Redakteurs sowie des Verantwortlichen im Sinne des Presserechts für die Website von RDL. Wir dokumentieren an dieser Stelle eine gekürzte Fassung der Pressemitteilung des Radiosenders:

Beantragt wurden die Hausdurchsuchungen von der Staatsanwaltschaft Karlsruhe mit dem Vorwurf, dass RDL einen »Verstoß gegen das Vereini-

gungsverbot gemäß §85 StGB« begangen habe. Anlass dafür sei ein Artikel auf der Website von RDL vom 30. Juli 2022, der über die Einstellung des Ermittlungsverfahren gegen linksunten.indymedia berichtet. Der Artikel enthält einen Link auf das öffentlich zugängliche Web-Archiv der ehemaligen Plattform. Diese Verlinkung sei, so die Staatsanwaltschaft Karlsruhe, eine unzulässige »Weiterverbreitung« des »verbotenen Vereins linksunten.indymedia«. [...]

Der inkriminierte Artikel ist mit einem Kürzel versehen und die Website von Radio Dreieckland weist einen

Verantwortlichen im Sinne des Presserechts aus. Selbst unter der falschen Annahme, dass die Verlinkung eine Straftat darstelle, gibt es keinen Anlass, eine Hausdurchsuchung zur »Beweissicherung« durchzuführen. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit wurde nicht gewahrt, die Freiheit der Presse in ignoranter Weise bedroht.

Das Web-Archiv von linksunten.indymedia ist öffentlich zugänglich, eine Web-Suche bei Google oder anderen Suchmaschinen liefert den Link durchgängig als erstes Suchergebnis und die Adresse ist dieselbe wie die der früheren Plattform. Ein

solcher Link in einem journalistischen Artikel ist ein Quellennachweis und mit Sicherheit kein »Verstoß gegen das Vereinsverbot«, wie die Staatsanwaltschaft argumentiert. Dokumentation und Quellenangaben sind die Grundlage jeder seriösen journalistischen Recherche und Arbeit und dürfen nicht kriminalisiert werden. [...]

Dieser Eingriff in die Pressefreiheit ist vollkommen unverhältnismäßig und nicht hinnehmbar. In einer bereits eingereichten Beschwerde hat Radio Dreieckland das sofortige Auswertungsverbot aller beschlag-

nahmen Unterlagen beantragt sowie die sofortige Herausgabe der bei der Durchsuchung beschlagnahmten Geräte und Datenträger. [...]

Link: rdl.de

Am Tag nach der Durchsuchung fand in Freiburg eine Solidaritäts-Kundgebung mit rund 250 Menschen statt. Kritik an den Durchsuchungen kam unter anderem von Reporter ohne Grenzen, Amnesty International Deutschland sowie den Journalist*innen-Gewerkschaften verdi/dju Baden-Württemberg und DJV. RDL hat angekündigt, gegen die Durchsuchungsbeschlüsse zu klagen.

FORSCHUNGSPROJEKT TEILGABE

Gestaltung gemeinwohlorientierter Versorgung

Sozialunternehmen, Genossenschaften, Bürgergesellschaften oder Vereine: Was solche Formen kooperativen Wirtschaftens ausmacht und wie sie den sozialen und ökologischen Wandel der Gesellschaft voranbringen können, untersucht das Forschungsprojekt Teilgabe, gefördert vom Bundesforschungsministerium.

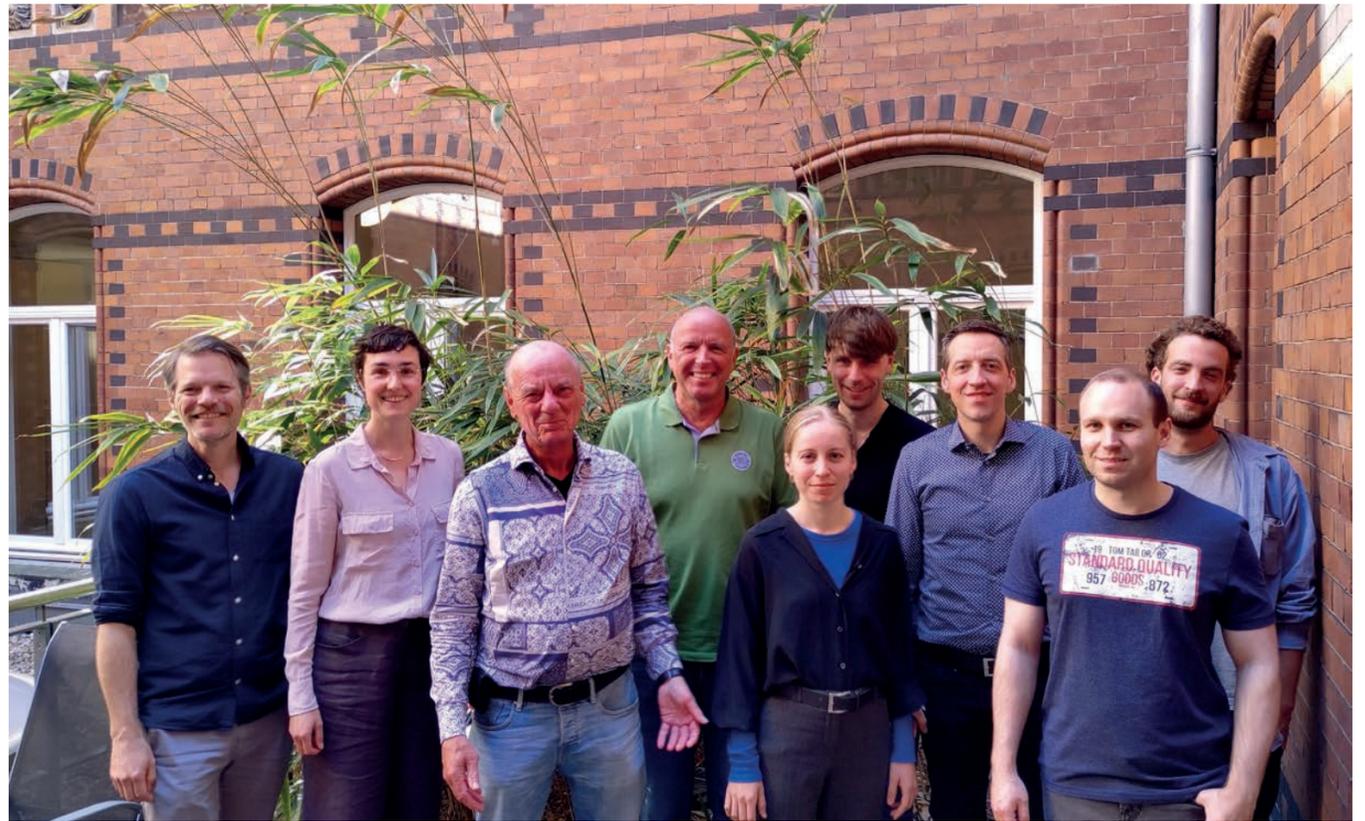
CARLA YOUNG, BERLIN

Bei vielen Formen der Bürgerbeteiligung geht es eher um passive Teilhabe und Teilnahme am Gemeinwesen. Die untersuchten Ansätze dagegen zeichnen sich durch kreative Praktiken und solidarische Vorleistungen einer wirtschaftlich tätigen Zivilgesellschaft aus. Sie leisten einen aktiven Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens – zum Beispiel in Energiegenossenschaften, durch selbstverwaltete solidarische Landwirtschaft oder gegenseitige Hilfe unter Senior*innen. Zivilgesellschaftliches Wirtschaften praktiziert deshalb »Teilgabe«.

Zudem handeln zivilgesellschaftlich wirtschaftende Akteure grundsätzlich kooperativ statt mit Ellenbogenmentalität. Das geschieht einerseits aufgrund ihrer Werteorientierungen und andererseits, um im Verbund wirtschaftlich tragfähiger zu sein. Diese und weitere Merkmale kooperativen Wirtschaftens haben die in »Teilgabe« Forschenden auf der Grundlage einer Literaturrecherche erarbeitet, um sie im nächsten Schritt empirisch zu überprüfen: Anhand von Fallstudien in verschiedenen Sektoren werden die Eigenheiten und Besonderheiten dieser Felder aufgezeigt. Gleichzeitig dient dies der Entdeckung von Gemeinsamkeiten.

Kennzeichen kooperativen Wirtschaftens

Fokus der Empirie sind die Merkmale kooperativen Wirtschaftens, wobei zwei zentralen Merkmalen besondere Aufmerksamkeit zukommt: Die oben angesprochene Verbundwirtschaftlichkeit wird untersucht anhand der beobachtbaren Entwicklung von Unterstützungs-



▲ Das Forschungsteam »Teilgabe« trifft sich regelmäßig zum Austausch der Zwischenergebnisse, hier beim Treffen in Hamburg.

Foto: Forschungsgruppe Teilgabe

strukturen wie Sekundärgenossenschaften. Ein Beispiel hierfür sind die Bürgerwerke im Feld der Bürgerenergie. Zudem werden weitere Unterstützungsbedarfe in den Feldern erhoben. Das Merkmal der Gemeinwohlorientierung ist ebenfalls zentral für die Fragestellungen des Projekts, da aufgezeigt werden soll, ob und wie kooperatives Wirtschaften als relevant für das Gemeinwohl eingestuft werden kann – wird doch das Modell des kooperativen Wirtschaftens

auch politisch immer wichtiger. Die Suche nach gemeinwohlorientierten Wirtschaftsformen, die unsere Lebensgrundlagen erhalten, ist in vollem Gange.

Das praxisbetonte Ziel des Projekts besteht darin, die ersten Schritte in Richtung einer neuen Verbundstruktur im Feld der Senior*innenselbsthilfe zu begleiten und mit Forschungsergebnissen zu stärken. Daran arbeitet intensiv Burghard Flieger von der innova eG. Das Projekt »Teilgabe:

Die bürgerschaftliche, genossenschaftliche und sozialunternehmerische Schaffung und Gestaltung von gemeinwohlorientierter Versorgung« ist eine Kooperation des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin, mit der Universität zu Köln, Institut für Soziologie und Sozialpsychologie und der Universität Hamburg, Fachbereich Sozialökonomie.

Link: www.ioew.de/projekt/teilgabe

PLATTFORM-KOOPERATIVISMUS

Wachstum in die Breite

Verbundwirtschaftliche Kooperation nimmt im Handlungsfeld des Plattform-Kooperativismus eine zentrale Stellung ein. Was lernen wir daraus? Einerseits, dass der Aufbau alternativer Organisationen im stark vermachteten Kontext der Plattformökonomie Kooperation voraussetzt. Zu teuer ist die Softwareentwicklung und zu eingeschränkt die politische Unterstützung für organisationale Experimente. Alternative Plattformmodelle können sich nicht allein ohne Unterstützung durch Verbundstrukturen am Markt etablieren. Andererseits, dass es nicht nur den einen Weg des Wachstums in diesem Sektor gibt. Denn während privatwirtschaftlich-kommerzielle Plattformunternehmen primär die Skalierung anstreben, setzen immer mehr Plattform-Kooperativen auf eine verbundwirtschaftliche Regionalisierung.

JONAS PENTZIEN, BERLIN

Shopping bei Amazon oder Instant Messaging über Twitter – digitale Plattformen dominieren unseren Alltag. Plattformunternehmen sind dadurch charakterisiert, dass sie Technologie in Form von Protokollen, Webseiten oder Apps mobilisieren, um sich als vermittelnde Instanzen zwischen zwei oder mehreren Nutzungsgruppen zu schalten. Sie betreiben somit digitale Marktplätze, im Rahmen derer ganz unterschiedliche Inter- und Transaktionen vollzogen werden können. Beispiele sind vielfältig: Während eine Plattform wie Airbnb Privatpersonen und Tourist*innen zusammenbringt, vermittelt Essenslieferdienste wie Deliveroo oder Uber Eats zwischen Restaurants, Fahrradkurieren und Kund*innen. Für das gesellschaftliche Zusammenleben im 21. Jahrhundert sind viele dieser plattformbasierten Märkte unabdingbar geworden.

Aus sozial-ökologischer Perspektive jedoch ist die globale Verbreitung des Plattformmodells

ambivalent zu bewerten: Auf der einen Seite stellen Sharing-Plattformen neue Infrastrukturen für das digital vermittelte Tauschen und Teilen bereit und nähren damit Hoffnungen auf eine Stärkung suffizienter Lebensweisen. Verbunden damit leistet die Verbreitung des Plattformmodells auf der anderen Seite aber auch einer datenbasierten Überwachung, einer zunehmenden Monopolisierung zentraler Wirtschaftsbereiche sowie der Legitimierung prekärer Arbeitsweisen Vorschub – vor allem im Kontext der sogenannten »gig economy«. Vor diesem Hintergrund wird das Plattformmodell durch Beobachter*innen vermehrt auch als Kernelement einer neuen, noch ausbeuterischeren Stufe des Kapitalismus charakterisiert.

Alternative Plattformmodelle

Prozesse zunehmender Vermarktlichung werden fast immer von Gegenbewegungen begleitet, die auf eine gesellschaftliche Wiedereinbettung wirtschaftlicher Praktiken abzielen. Das konstatierte schon der österreichische Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi im frühen 20. Jahrhundert. Das Handlungsfeld der Plattformökonomie stellt hier keine Ausnahme dar. So hat vor allem die Bewegung des Plattform-Kooperativismus in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, Diskussionen um alternative Plattformmodelle aufzuleben.

Kollektiveigentum und demokratische Governance anstelle von Shareholder Value und algorithmischem Management – so lässt sich der Ansatz umschreiben. Unter diesem Motto demokratisiert die Bewegung sowohl Wertschöpfung als auch -verteilung in der Plattformökonomie. Sie will damit das Plattformmodell für gemeinwohlorientierte Ziele in Stellung bringen. Dem Platform Cooperativism Consortium zufolge,

einem zentralen Vernetzungsakteur, können mittlerweile über 500 Akteure in mehr als 40 Ländern der Bewegung zugerechnet werden. Von produktivgenossenschaftlich organisierten Essenslieferdiensten über kooperative Streaming-Anbieter, eCommerce-Marktplätze oder Hosting-Infrastrukturen – kooperativ ausgestaltete Plattformen operieren heutzutage in immer vielfältigeren Sektoren.

Wird das Handlungsfeld des Plattform-Kooperativismus durch die konzeptionelle Brille des Teilgabe-Projekts betrachtet, sticht vor allem eines der zehn Merkmale kooperativen Wirtschaftens als strukturgebend hervor: die verbundwirtschaftliche Kooperation. Konkret haben sich in den letzten Jahren in Versorgungsbereichen wie der Lebensmitteldirektvermarktung oder der Logistik kleinere, lokale Organisationen zusammengeslossen, um Dachorganisationen aufzubauen, die Sekundärgenossenschaften ähneln. Unter dem Namen »CoopCycle« bspw. entsteht eine Föderation von Fahrradlieferdienstgenossenschaften, die aktuell schon mehr als 70 Einzelgenossenschaften weltweit umfasst. Das OpenFood Network wiederum besteht aus nationalen Instanzen in 18 Ländern, die im Verbund eine Regionalisierung der Lebensmitteldirektvermarktung anstreben. Das propagierte organisationsspezifische Ziel dieser Verbünde: eine geteilte Plattform-Infrastruktur zu entwickeln und diese über Ländergrenzen hinweg im Kollektiv zu betreiben.

Regionalisierung statt Skalierung

Anders ausgedrückt: Sektorspezifische Dachorganisationen wie CoopCycle oder Open Food bieten Ökonomisierungsleistungen an. Die einzelnen Mitgliedsorganisationen dieser Verbünde entrichten einen Mitgliedsbeitrag, welcher zur (Weiter-)Entwicklung der geteilten Infrastruktur eingesetzt

wird. Der Mehrwert: Die für die benötigte Plattformsoftware anfallenden Kosten werden geteilt und Entscheidungen im Hinblick auf die Ausgestaltung der Plattform im Kollektiv getroffen.

Die Bedeutung der verbundwirtschaftlichen Kooperation wirkt sich auch darauf aus, wie Wachstum gedacht wird. Privatwirtschaftlich-kommerzielle Plattformunternehmen zielen im Sinne einer Skalierungsstrategie primär darauf ab, ihre Nutzer*innenbasis zu vergrößern, ohne dafür zusätzliche Investitionen aufzubringen. Dagegen setzen verbundwirtschaftlich agierende Plattform-Kooperativen primär darauf, neue Mitgliedsorganisationen für ihre jeweiligen Dachstrukturen zu gewinnen – und damit die Leistungen des Verbundes im Sinne einer Regionalisierungsstrategie in die Breite zu bringen. Somit eröffnet die verbundwirtschaftliche Kooperation neue Möglichkeiten, zivilgesellschaftliches Wirtschaften in der Plattformökonomie nicht nur zu konzeptualisieren, sondern auch in die Umsetzung zu bringen.

Links:

<https://coopcycle.org/en>

<https://openfoodnetwork.org>

ANZEIGE

Gemeinsam die Welt verbessern?
 Genossenschaft gründen!

www.genossenschaftsgruendung.de

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
 Baumeisterstr. 2 · 20099 Hamburg · Tel. 040-2 35 19 79-0

Zusammenarbeit beruht auf freiwilligem Handeln

Die verbundwirtschaftliche Kooperation ist ein Kernmerkmal kooperativen Wirtschaftens. Es basiert auf der Idee, die Kräfte der beteiligten Akteure zu bündeln, um effizienter und effektiver zu agieren. Verbundwirtschaftliche Kooperationen sind freiwillige Zusammenschlüsse auf horizontaler, vertikaler und lateraler Ebene. Nachfolgend wird in dieses Themenfeld eingeführt, um die konzeptionellen Überlegungen zu verdeutlichen, die hinter den in den weiteren Artikeln erläuterten konkreten zivilwirtschaftlichen Branchen stecken.

JOHANNES BLOME-DREES, KÖLN

Als Netzwerke werden verbundwirtschaftliche Kooperationen durch mehrere rechtlich und wirtschaftlich selbstständige Einheiten gebildet. Sie unterhalten untereinander vielschichtige wechselseitige, eher kooperative, denn konkurrenzhaft und dennoch relativ stabile Beziehungen. Horizontal lässt sich die Zusammenarbeit als solidarisch, vertikal und lateral als unterstützend kennzeichnen. Vertikal ist verbundwirtschaftliche Kooperation eine Strategie, in deren Rahmen von Akteuren vorgelagerter Ebenen gleichartige Teilaufgaben auf höhere Verbundeinheiten ausgegliedert und von diesen koordiniert erfüllt werden. Diese Sekundär- und Tertiärorganisationen werden im Folgenden als Dachorganisationen bezeichnet.

Konkrete Bedarfe stehen im Vordergrund

Die Mehrzahl aller betrieblichen Aufgaben verbleibt im Selbstbestimmungsbereich der den beteiligten Akteure vorgelagerten Ebenen, die rechtlich und wirtschaftlich selbstständig bleiben. Nur hinsichtlich der kooperativ erfüllten Teilaufgaben ist ihre wirtschaftliche Autonomie eingeschränkt. Die Intensität der Zusammenarbeit und damit der Grad der Selbstständigkeit der beteiligten Akteure wird wesentlich durch Art und Umfang der koordinierten Teilaufgaben bestimmt.

Um die eigene Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, übertragen vorgelagerte

Einheiten einzelne Funktionen auf nachgelagerte Verbundeinheiten. Diese sollten jedoch nur Aufgaben übernehmen, die von ihnen nicht oder nur in unzureichendem Maße erbracht werden können. Charakteristisch für den Verbund ist, dass eine Vielzahl selbstständiger Einheiten aufgrund eines gemeinsamen Zwecks in einem demokratischen Prozess durch Verhandlung und Abmachung die Erfüllung von Teilaufgaben bestimmt.

Die für den wirtschaftlichen Erfolg ihrer Mitglieder entscheidende Größe genossenschaftlichen Handelns ist die Schaffung von Größen- und Verbundvorteilen. Beide Vorteile resultieren daraus, dass mehrere oder viele und im Extremfall sogar alle erstellten Güter und Dienstleistungen mit Hilfe ein und derselben Unterstützungsleistung erzeugt werden können. Kurz: Es treten Phänomene auf, die einem Kollektivfaktor zuzuschreiben sind. Dieser ergibt sich aus der mehr oder weniger weitgehenden Ausgliederung bestimmter betrieblicher Funktionen auf die Dachorganisation. Sie entsteht auch, wenn diese Aufgaben übernehmen, die die vorgelagerten Einheiten überhaupt nicht übernehmen können.

Welche Aufgaben Dachorganisationen übernehmen, hängt von den konkreten Bedarfen der vorgelagerten Einheiten ab. Die Bedarfe werden von den eigenen Fähigkeiten und den Gegebenheiten/Anforderungen der Umwelten geprägt, in denen diese handeln. Folgende Aufgaben sind analytisch denkbar und empirisch auffindbar: Ökonomisierungsleistungen, Koordinierungs- und Vertretungsleistungen und sozialintegrative Leistungen.

Werden fördernde Bedingungen für die verbundwirtschaftliche Kooperation analysiert, zeigt sich: Grundsätzlich ist die eigenverantwortliche Entscheidung zur Zusammenarbeit im Bewusstsein der damit verbundenen Vorteilhaftigkeit notwendig. Vorteilhaftigkeit zeigt sich für die kooperierenden Verbundeinheiten an dem Erfolgsbeitrag, gemessen an ihren eigenen Zielen. Effektive verbundwirtschaftliche Zusammenarbeit verstärkt Abhängigkeiten und wird niemals vollkommen gleichgewichtig sein.



▲ Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft ist eine verbundwirtschaftliche Kooperation. Sie führt regelmäßig mit der innova eG Seminare zur Gründung von Solawi-Genossenschaften durch - zuletzt bei der KoLa Leipzig eG.

Foto: Burghard Flieger

Erzeugt die Zusammenarbeit im Verbund jedoch gegenseitige Abhängigkeiten, sichert sie durch wechselseitige Beeinflussungsmöglichkeiten den Beteiligten das notwendige Ausmaß an Autonomie.

Erfolgsbedingungen: Autonomie und Vorteilhaftigkeit

Solche gegenseitigen Abhängigkeiten werden durch Kapitalbeteiligungen, wechselseitige Leistungsbeziehungen und Partizipationsmöglichkeiten an der Willensbildung begründet. Zur Stabilisierung und Überbrückung etwaiger Akzeptanzprobleme bedarf es zusätzlicher

Regelungen. Beispielsweise werden Entscheidungen eher unabhängig von ihren Auswirkungen akzeptiert, wenn das Verfahren, nach dem diese Entscheidung zustande gekommen ist, als legitim angesehen wird.

Faire Vereinbarung und Veränderbarkeit der Kooperationsregeln sind notwendige Voraussetzungen für eine effektive Zusammenarbeit. Die kooperierenden Verbundeinheiten müssen die Funktionsbedingungen der Kooperation verstehen und billigen, um sich einem gemeinsamen Ziel verpflichtet zu fühlen und sich loyal zu verhalten. Loyalität im Verbund ist nicht erzwingbar, aber lässt sich über gemeinsam bestimmte Verfahren leichter erreichen.

SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT

Netzwerk für nachhaltige und sozial gerechte Ernährung

Die Frage, wie Ernährung nachhaltig und sozial gerecht gestaltet werden kann, gehört zu den drängendsten der Gegenwart. Viele Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft (Solawi) zeigen, dass sie sich bei der Beantwortung dieser Frage nicht allein auf Politik und (Markt-)Wirtschaft verlassen. Sie sind Ausdruck einer aktiven Zivilgesellschaft, die auf vielfältige, selbstorganisierte Weise tätig wird.

LUKAS LAPSCHEISS UND PHILIPP DEGENS, HAMBURG

ANZEIGE

VOM LABOR IN DEN STALL Neue Gentechnik bei landwirtschaftlichen Nutztieren



Schneller wachsen, dicker werden, gesund bleiben – das sollen gentechnisch veränderte Nutztiere. Ob diese Eigenschaften zu einer tierfreundlicheren Produktion beitragen, ist fraglich. Neben viel Hype, zeichnen offene Fragen bei den Methoden und auf dem Markt ein durchwachsendes Bild.

GID - Zeitschrift für Informationen und Kritik zu Fortpflanzungs- und Gentechnologie - Nr. 263 - November 2022 - Einzelausgabe 8,50 €

Gen

Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Stephanstr. 13 · 10559 Berlin
Tel: 030 - 685 70 73 · Fax: 030 - 684 11 83
gen@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de

Das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft entstand ursprünglich in Japan und wurde seit Ende der 1970er etwa zeitgleich in den USA, der Schweiz und Deutschland in der Praxis weiterentwickelt. International ist diese Form der gemeinschaftsgetragenen und kleinräumigen Landwirtschaft unter dem Namen Community-supported agriculture (CSA) bekannt und vor allem in den USA, aber mittlerweile auch in den meisten europäischen Ländern mit zahlreichen lokalen Initiativen verbreitet.

Vielfältige Formen partizipativer Praxis

Das kooperative Wirtschaftsprinzip der Solidarischen Landwirtschaft basiert auf einer engen Beziehung zwischen Erzeuger*innen und Verbraucher*innen. Sie schließen sich zu lokalen Wirtschaftsgemeinschaften zusammen, um die Kosten und Risiken der landwirtschaftlichen Produktion gemeinsam zu tragen. Dabei zahlen Verbraucher*innen keinen Preis für fertige Erzeugnisse. Vielmehr verpflichten sie sich für ein Jahr, die für die landwirtschaftliche Produktion notwendigen Arbeits- und Materialkosten der Erzeuger*innen in Form von monatlichen Beiträgen zu tragen. Im Gegenzug erhalten sie regelmäßig einen Anteil der Ernte, wobei sie eben auch das Risiko schwankender Ernten mittragen. Diese Form der Entkopplung von Marktprinzipien und einer warenförmigen Behandlung der landwirtschaftlichen Produkte ist zentrales Merkmal von Solawi.

Neben der Solidarität zwischen Verbraucher*innen und Erzeuger*innen soll idealtypisch auch innerhalb der Verbraucher*innengruppe mittels der sogenannten »Beitragsrunde« Solidarität geübt werden. Diese soziale Aushandlungspraxis erlaubt es den Verbraucher*innen,

anonym und den eigenen finanziellen Möglichkeiten entsprechend, Gebote abzugeben. An diesen zeigt sich, wie viel sie bereit sind, monatlich an die Erzeuger*innen zu zahlen. Besser-Verdienende sind aufgerufen, bewusst mehr zu bieten, damit im Gegenzug Mitglieder mit geringeren Einkommen weniger bezahlen müssen.

Die Praxis der Solawi-Initiativen ist vielfältig. Zahlreiche Solawis werden von bestehenden kleinbäuerliche Höfe gegründet. Andere, von Verbraucher*innen umgesetzt, kümmern sich gemeinsam um einen Zugang zu geeigneten landwirtschaftlichen Flächen. Insgesamt können Solawi-Organisationen in unterschiedlichen Rechtsformen und Strukturen verfasst sein. Meist sind sie als Verein, GbR oder Genossenschaft organisiert, aber auch eine GmbH ist möglich. Ihnen gemeinsam sind partizipative Praktiken, die eine Einbeziehung der Mitglieder in Entscheidungen, aber auch in die landwirtschaftliche Produktion und Verwaltung ermöglichen. Häufig wird das Gemeinschaftsgefühl im Gegensatz zu den anonymen Tauschbeziehungen des Marktes hervorgehoben.

Der Grad an Partizipation und demokratischer Teilhabe variiert in der Praxis. Neben der Möglichkeit, bei der landwirtschaftlichen Arbeit selbst mithelfen zu können, verstehen sich nicht wenige Solawi-Betriebe ausdrücklich als Bildungsstätten, die teilweise mit Schulen kooperieren. Ziel ist nicht nur die praktische Vermittlung landwirtschaftlichen Wissens, sondern auch gemeinschaftliches Lernen. Dazu gehören das Erlernen zivilgesellschaftlicher Prinzipien wie Solidarität und Partizipation, die ebenfalls zum Kern des Solawi-Gedankens zählen.

Für die Fallstudie Solidarische Landwirtschaft im Forschungsprojekt Teilgabe wird mit dem

Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V. eng zusammengearbeitet. Von diesem wurden die Einladungen zur Teilnahme an einer quantitativen Online-Umfrage an die einzelnen Solawi-Organisationen versendet. Zudem sind mit dessen Mitarbeitenden mehrere Expert*inneninterviews geführt worden.

Dachorganisation stärkt das Wir-Gefühl

Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft wurde 2011 gegründet. Der gemeinnützige Verein bildet die zentrale Dachorganisation, die Informationen bereitstellt und Beratungsangebote erbringt oder vermittelt – darunter kostenlose Erstberatungen. Hier liegt ein besonderer Schwerpunkt der Leistungen, die das Netzwerk für die einzelnen Solawi-Betriebe anbietet. Gerade erst ist ein ausführliches Handbuch für Solawi-Betriebe erarbeitet worden.

Eine weitere große Stärke des Netzwerks liegt in den zahlreichen Praktiken, mit denen es gelingt, ein Wir-Gefühl innerhalb der Solawi-Bewegung zu stärken und die Kooperation zwischen den Solawis zu fördern. Dies ist auf den halbjährlich vom Netzwerk organisierten Tagungen deutlich zu spüren. Ebenfalls zeigte sie sich im Engagement, das viele Mitglieder im Rat, in der Organisationsentwicklung und in Arbeitsgruppen aufbringen. Arbeitsgruppen widmen sich verschiedenen Einzelthemen, die den Solawistas, wie sich die Beteiligten gern selbst bezeichnen, wichtig sind. Dazu gehören Bildung und Forschung, digitale Transformation, aber auch die eigene Positionierung gegen rechte Tendenzen in der ökologischen Landwirtschaft.

Link: www.solidarische-landwirtschaft.org

ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

Bürgerenergie als Vorbild kooperativen Wirtschaftens

Die Energiewende ist in aller Munde. Doch meistens wird sie als Angelegenheit der anderen verstanden – allen voran als Aufgabe der Politik, die sich im Sinne des Klimaschutzes bitte spüren möge. Die Energiewende ist aber schon immer in erster Linie ein Projekt engagierter Bürger*innen, die nicht auf Energiekonzerne und Politik warten wollen. Sie nehmen die Sache lieber selbst in die Hand. Dafür steht der Begriff Bürgerenergie.

CHRISTIAN LAUTERMANN, BERLIN

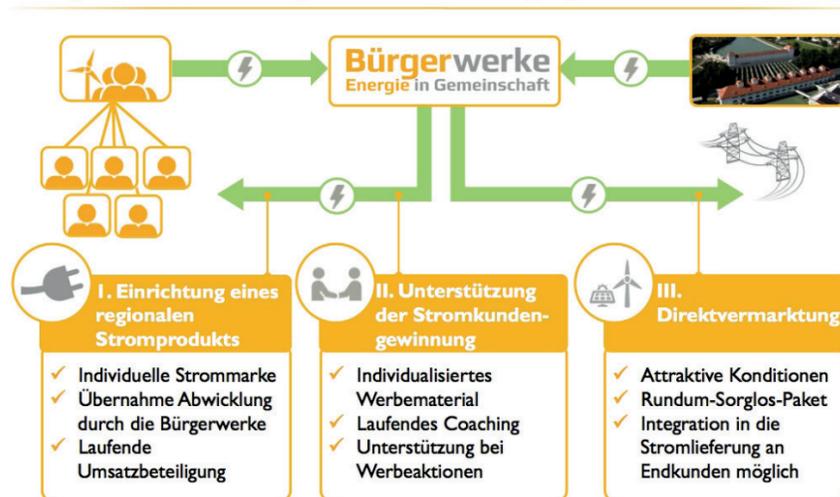
Zur Bürgerenergie gehören auch die Eigenheimbesitzer*innen, die auf ihrem Dach eine Solaranlage installieren. Vor allem ist die Bürgerenergie aber durch wirtschaftliche Unternehmungen gekennzeichnet, bei denen engagierte Bürger*innen gemeinschaftlich Windkraft-, Biogas- oder Photovoltaik-Anlagen in Betrieb nehmen. Als populäre Organisationsform dafür stehen die Bürgerenergiegenossenschaften. Diese kooperative Wirtschaftsform ermöglicht eine gemeinschaftliche Beteiligung an Erneuerbare-Energie-Anlagen, indem sie dezentrale Energieversorgung mit globalen Klimaschutzzielen verbindet.

Die allermeisten Energiegenossenschaften fußen auf viel ehrenamtlichem Engagement. Insofern stellt sich die Frage: Wie können die technisch und wirtschaftlich anspruchsvollen Aufgaben der Energiewende so organisiert werden, dass die engagierte Zivilgesellschaft dauerhaft als Player mitspielen kann? Neben geeigneten Rahmenbedingungen ist ein Lösungsweg, sich die nötigen Ressourcen, Kompetenzen und Strukturen gemeinschaftlich selbst aufzubauen.

So haben sich im Feld der Bürgerenergie mehrere Netzwerkorganisationen herausgebildet, die die Belange der dezentral arbeitenden Bürgerenergiegenossenschaften unterstützen. Dabei zeigt sich eine interessante Arbeitsteilung, die – trotz aller Interessenvielfalt – auf der vereinigten Idee einer Energiewende der Bürger*innen beruht. Unterschiedliche Dachorganisationen sorgen dafür, dass die dezentralen Akteure der Bürgerenergie sich regional stärker vernetzen, eine politische Interessenvertretung

UNSERE ANGEBOTE FÜR MITGLIEDER

Im Verbund der Bürgerwerke profitieren Sie von unseren erprobten Angeboten zum Einstieg in die Stromversorgung



▲ Wichtigste Leistung der Bürgerwerke eG für ihre Mitglieder: Sie ermöglicht den Energiegenossenschaften ihre Kund*innen mit Ökostrom zu beliefern und nutzt dafür auch den von diesen erzeugten Photovoltaik- und Windstrom.

Grafik: Bürgerwerke eG

erhalten, das notwendige Fachwissen vermittelt bekommen und – nicht zuletzt – auch wirtschaftlich zusammenarbeiten können.

Die regionale Vernetzung treiben Landesnetzwerke der Bürgerenergie voran, meistens als eingetragene Vereine organisiert. Sie sind vor allem in Regionen vertreten, in denen es relativ viele Bürgerenergiegenossenschaften gibt – insbesondere in Bayern, Rheinland-Pfalz, Hessen und Thüringen.

Die Arbeit der Bürgerenergie-Aktiven hängt entscheidend von den energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Diese werden von der Bundesregierung gesetzt. Deshalb läuft ein wichtiger Teil der politischen Interessenvertretung auf Bundesebene. Zu diesem Zweck arbei-

tet das Bündnis Bürgerenergie e.V. als eine Art Lobbyorganisation. Sie weist bei Änderungen im Energierecht auf die Belange der Bürgerenergie hin. In einer ergänzenden Rolle setzt sich die Bundesgeschäftsstelle Energiegenossenschaften beim DGRV für die Interessen von Energiegenossenschaften ein – allerdings, qua institutionellem Auftrag, mit dem Fokus auf die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft. Sie agiert weniger in Richtung gesellschaftspolitische Veränderungen und verfolgt nur bedingt die übergeordnete Idee der Bürgerenergie.

Für die praktische Arbeit vor Ort sind energiewirtschaftliches Fachwissen und spezifische Kompetenzen entscheidende Erfolgsbedingungen. Neben den Beratungsangeboten von

Genossenschaftsverbänden und professionellen Dienstleistern haben sich zu diesen Zwecken weitere Akteure mit Unterstützungsangeboten für die Bürgerenergie etabliert: speziell genossenschaftliche Beratungen (wie die innova eG), Verbände aus dem Bereich der erneuerbaren Energien (wie die Deutsche Gesellschaft für Solarenergie Franken) sowie nicht zuletzt das Netzwerk Energiewende Jetzt e.V. als Netzwerkorganisation, die von Bürgerenergie-Akteuren selbst getragen wird. Sie alle sorgen mit gezielten Informations- und Qualifizierungsangeboten für Wissensaustausch und Kompetenzaufbau bei den Akteuren.

Standbein wirtschaftlicher Verbund

Das Feld der Bürgerenergie entwickelt sich zu einem Paradebeispiel für kooperatives Wirtschaften. Ausschlaggebend hierfür ist der gelungene Aufbau einer Dachorganisation, die auf einen verbundwirtschaftlichen Ansatz setzt. Selbst als Genossenschaft organisiert, unterstützen die Bürgerwerke eG ihre Mitglieder ökonomisch beim Verfolgen der Vision einer Energiewende in Bürgerhand. Als Verbund von mittlerweile über 100 Bürgerenergiegenossenschaften sind die Bürgerwerke eine Sekundär-genossenschaft, die angesichts der ehrenamtlichen Arbeit vor Ort wichtige ökonomische Unterstützungsstrukturen bereitstellt.

Dies funktioniert mit einem integrierten Geschäftsmodell, bei dem der Vertrieb von Ökostrom und Ökogas mit der dezentralen Produktion der Bürgerenergie verknüpft wird. Auch wenn die regulatorischen Rahmenbedingungen den Potentialen der Bürgerenergie immer noch im Wege stehen, arbeiten die Bürgerwerke an einer ambitionierten Wachstumsstrategie. An dieser werden ihre Mitglieder und deren Mitglieder beteiligt. In diesem Prozess stellt sich die Frage, welche Anforderungen die Bürgerenergiegenossenschaften künftig an ihr Gemeinschaftsunternehmen stellen. Daran arbeitet das Projekt Teilgabe mit den Bürgerwerken zusammen und unterstützt perspektivisch die Weiterentwicklung kooperativen Wirtschaftens im Felde der Bürgerenergie.

SENIORENGENOSSENSCHAFTEN

Neue Unterstützungsstrukturen von unten entwickeln

Organisationen der Seniorenselbsthilfe bzw. Seniorengenossenschaften stehen für bürgerschaftliches Engagement in Form von Hilfe auf Gegenseitigkeit, die Verbesserung der Lebenslagen ihrer Mitglieder und, zumindest immer mitschwingend, die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Im Projekt Teilgabe werden die Unterstützungsbedarfe dieser genossenschaftlichen Organisationen erhoben, um sie beim Aufbau gemeinsamer Strukturen zu unterstützen.

JOSCHKA MOLDENHAUER, KÖLN

Zu den Aufgaben von Seniorengenossenschaften gehört die Versorgung von Senior*innen in allen Bereichen des Alltagslebens. Das Spektrum reicht von einfachen Dienstleistungen im Haushalt über komplexere Formen der Alltagshilfe bis hin zur Pflege. Sie entstehen als Reaktion auf strukturelle Veränderungen hinsichtlich Demografie, Altersphasen, Familienstrukturen und Arbeitsleben. Damit einhergehenden Fehlentwicklungen, die in hohen Kosten und geringeren Leistungen münden, wirken sie entgegen. So stehen sie für ein Wertesystem, das auf Subsidiarität und Solidarität anstelle von individueller Anspruchs- bzw. Versorgungsmentalität basiert.

Durch die Teilnahme in seniorengenossenschaftlichen Gemeinschaften erleben die Mitglieder sich selbst und andere als handlungs- und gestaltungsfähig. Gleichzeitig wird eine Grundsicherung gewährleistet, um die verschiedenen Erschütterungen und Schwierigkeiten des Lebens und Alterns zu überstehen und an Gesellschaft teilhaben zu können. Durch die Schaffung von Netzwerken und Hilfe zur Selbsthilfe können Seniorengenossenschaften zudem die Potenziale der Region aufgreifen und

räumlichen Ungleichheiten in der sozialen und gesundheitlichen Versorgung entgegenwirken.

Die Geschäftsmodelle von Seniorengenossenschaften sind sehr unterschiedlich. In einigen unterstützen sich jüngere und ältere Senior*innen wechselseitig und arbeiten dabei mit einem Zeitbankansatz. Bei anderen steht die Leistungsabrechnung nach den Möglichkeiten des Sozialgesetzbuches im Vordergrund, besonders die des SGB XI mit dem Entlastungsbetrag. Bei zahlreichen Ansätzen steht der Erwerb von Immobilien im Mittelpunkt, um den Mitgliedern ein würdevolles Altern zu ermöglichen.

So vielfältig die Modelle und Aufgaben dieser Organisationen sind, so vielfältig sind auch ihre Bedarfe. Folglich soll das Ziel im Projekt Teilgabe nicht die Entwicklung von Blaupausen sein, die »von oben« Anwendung finden. Vielmehr gilt es, übergreifende Bedarfe zu identifizieren und die wissenschaftlichen Erkenntnisse aus den theoretischen und empirischen Vorarbeiten des Forschungsprojekts für die handelnden Akteur*innen in diesem Bereich nutzbar zu machen. Dieser Wissenstransfer in die Praxis dient dem Anstoß weiterer Entwicklungen, und zwar einer Entwicklung »von unten«.

Einheit in Vielfalt

Als größte Unterstützungsbedarfe in einer Online-Erhebung von und in Interviews mit Seniorengenossenschaften wurden bisher genannt:

1. Vernetzung und Interessenvertretung,
2. die Werbung von Mitgliedern, insbesondere solcher, die organisatorische Aufgaben übernehmen,
3. das Einwerben von Spenden,

4. Softwarebereitstellung, insbesondere für Abrechnung, Verwaltung und Kommunikation,
5. Unterstützung und Öffentlichkeitsarbeit bei der Zusammenarbeit mit Land und Kommune,
 - für die Deckung von Finanzbedarfen, bspw. durch das Einwerben von Fördermitteln,
 - zur Umsetzung und Einhaltung rechtlicher Regularien.

Bei den Seniorengenossenschaften fällt auf, dass im Unterschied zu vielen anderen alternativökonomischen Ansätzen eine umfangreiche Vernetzungs- und Unterstützungsstruktur fehlt. Diese erscheint aber als dringend erforderlich, um bestehende Bedarfe zu decken und Unterstützungsleistungen anzubieten. Das gilt allgemein, aber auch bei etwaigen Bestrebungen zur Professionalisierung. Insofern dürfte eine verbundwirtschaftliche Struktur – Dachorganisation – zur Stabilisierung von Seniorengenossenschaften eine zentrale Option darstellen, wie dies im Rahmen des Teilgabe-Projektes versucht wird umzusetzen.

Menschen schließen sich in Seniorengenossenschaften zusammen, um sich gemeinsam selbst zu helfen – getreu dem Motto »Was einer alleine nicht schafft, das schaffen viele.« In gleicher Weise können Seniorengenossenschaften ebenfalls kooperative Zusammenschlüsse bilden und verschiedene für ihre betriebliche Leistungsfähigkeit erforderliche Aufgaben an einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb auslagern. In einem ersten Schritt wurden hierfür mehrere Prototypen einer Dachorganisation entwickelt. Als Nächstes sollen diese und die Ergebnisse der Bedarfserhebung in drei Transformationsworkshops auf Landesebene vorgestellt werden. Ziel ist es, die jeweiligen gesetzlichen regionalen Anforderungen angemessen einzubeziehen,

um die Konzepte mit Vertreter*innen von Seniorengenossenschaften und aus Politik und Verwaltung sowie Expert*innen praxisrelevant zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

ANZEIGE



Solidarität organisieren Mitglied werden!

ROTE HILFE e.V.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Hilferfordernisse für Seniorengemeinschaften

Senioren-genossenschaften und -gemeinschaften werden getragen von bürgerschaftlichem Engagement auf Augenhöhe. Durch sie kommt es zur Entlastung von professionellem Pflegepersonal für deren eigentliche Aufgabenstellung: die Pflege. Die Arbeit von Senioren-genossenschaften führt zu Kostenersparnissen für die öffentliche Hand durch gegenseitige Hilfe. Diese und viele andere Aufgaben können sie umso besser erfüllen, je mehr Betriebe ihrer Art entstehen. Dies wiederum erfordert Unterstützungsstrukturen, die von ihnen möglichst selbst mitgetragen und mitentwickelt werden. Verschiedene Ansatzmöglichkeiten - Typen -, wie diese aufgestellt sein könnten, sind nachfolgend skizziert.

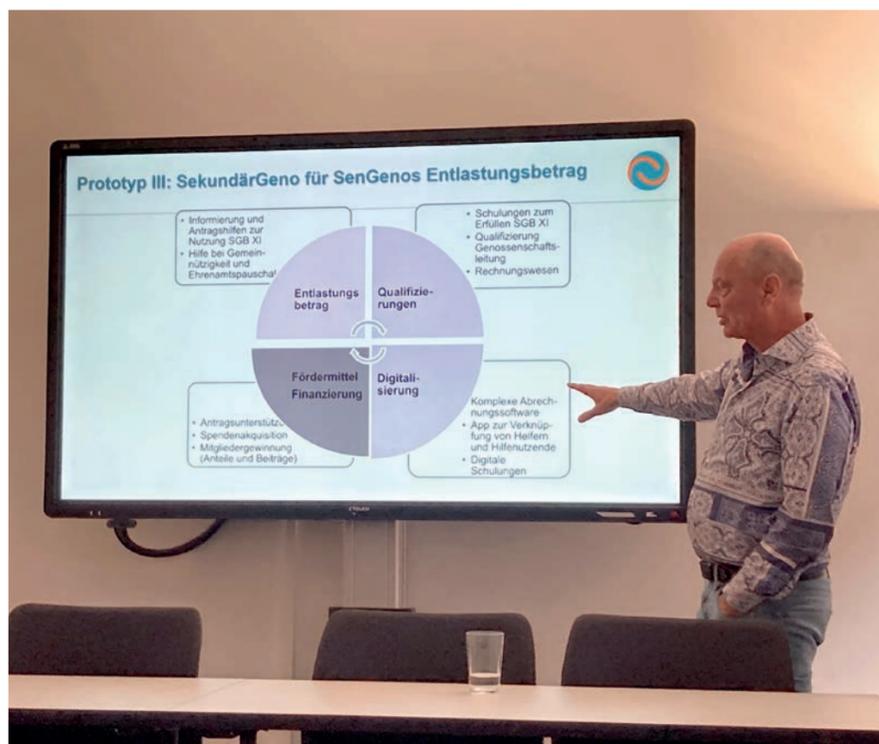
BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Die Anforderungen, mit denen Seniorengemeinschaften und -genossenschaften konfrontiert werden, sind vielfältig. Die Begriffe Gemeinschaften und Genossenschaften werden gleichzeitig und synonym verwendet. Damit soll verdeutlicht werden, dass es sich um genossenschaftliche Unternehmen handelt, die aber in vielen Fällen nicht in der Rechtsform der eingetragenen eG organisiert sind.

Typisch für diese ist, dass die sie tragenden, aktiven Mitglieder oftmals selbst bereits älter sind. Die Jahre, die ihnen zur Verfügung stehen, sind in vielen anderen Bürgergenossenschaften. Unterstützungsstrukturen in Form von Dachorganisationen könnten hier einen wichtigen Beitrag leisten. Gemeint sind damit kooperative Zusammenschlüsse von Einzelgenossenschaften bzw. genossenschaftsartigen Unternehmen, die verschiedene, für ihre betriebliche Leistungsfähigkeit erforderliche Aufgaben in einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb auslagern.

Unterstützung für die Unterstützenden

Die Notwendigkeit solcher Unterstützungsstrukturen stößt auf breite Zustimmung in Politik und Praxis. Das unterstreicht die Befragung von Expert*innen als auch von Seniorengemeinschaften im Forschungsprojekt Teilgabe. Je stärker es jedoch in die praktische Umsetzung geht, desto breiter wird das Spektrum möglicher Lösungen. Sie werden von zahlreichen »Variablen« bestimmt. Dazu gehören nicht nur die Bedarfe der einzelnen Seniorengemeinschaften. Genauso wichtig sind die Personen mit ihren eigenen Interessen und Vorlieben, die sich für den Aufbau einer Sekundär-genossenschaft enga-



▲ Im Forschungsprojekt Teilgabe werden für Seniorengemeinschaften und -genossenschaften unterschiedliche sekundär-genossenschaftliche Konzepte entwickelt. Sie sollen mit Politik und Seniorengemeinschaften umgesetzt werden.

Foto: Forschungsgruppe Teilgabe

gieren. Ebenfalls spielen die konkreten gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen Bundesländern eine gewichtige Rolle und in welchem Maße länderbezogene Unterstützungen für die Entwicklung zur Verfügung gestellt werden. Seniorengemeinschaften selbst sind, im Unterschied zu den Bürgerenergiegenossenschaften, ökonomisch zu schwach aufgestellt, um solche Unterstützungsstrukturen finanziell ganz aus eigener Kraft entwickeln zu können.

Auf Grundlagen der gegenwärtig zu beobachtenden Ansätze senioren-genossenschaftlicher Organisationen lassen sich drei Typen bzw. Konzepte für Unterstützungsstrukturen herausarbeiten. Sie spiegeln die Verschiedenheit der Primärorganisationen in der Praxis wider. Gleichzeitig lassen sie sich – auch in der dargestellten Reihenfolge – als Ausdruck der veränderten Bedarfe älterer Menschen in Deutschland interpretieren. Sie werden von unterschiedlichen Qualifikations- und Aufwandserfordernissen geprägt. Zu nennen sind die gegenseitigkeitsbetonte, die abrechnungsorientierte und die investitionsgeprägte Unterstützungsstruktur bzw. Dachgenossen-

schaft. Der erste Ansatz kann als stärker werteträgend, der letztere als mehr wirtschaftlich agierender Typus gesehen werden. In der Praxis werden sich vermutlich Mischtypen zwischen diesen Ansätzen entwickeln.

Prototyp I: gegenseitigkeitsbetont für Seniorengemeinschaften mit Zeitkonten

Die ersten Seniorengemeinschaften, anfangs alle noch eingetragene Vereine, knüpften an die Idee des Tausches und der Arbeit mit Zeitgutschriften an. Dieser Typus dominiert häufig noch die wissenschaftlichen und politischen Betrachtungen. Sie benötigen Unterstützung:

- bei ihrem Engagement Hilfe auf Gegenseitigkeit umzusetzen, verbunden mit der Idee der Gabe;
- bei der Organisation ihres Tauschsystems, indem sie den Erwerb von Ansprüchen auf zukünftige Versorgungsleistungen dokumentieren;

Erfolgen kann dies auf Grundlage der Idee des Zeittauschs mit Hilfe von Zeitgutschriften, auch bezeichnet als Zeitbank. Hilfenehmende zahlen einen Betrag nicht über zehn Euro, der akku-

muliert wird als Zeitgutschrift abzüglich einer Verwaltungsgebühr für die Genossenschaft.

Prototyp II: abrechnungsorientiert für Seniorengemeinschaften mit Entlastungsbetrag

Neuere professionellere Seniorengemeinschaften arbeiten mit Aufwandsentschädigungen. Sie nutzen verstärkt Fördermittel und bestehende Abrechnungsmöglichkeiten bei ihren pflegeergänzenden Dienstleistungen, die sie hilfeleistenden Mitgliedern anbieten. Erleichtern lässt sich dies durch Dienstleistungen:

- indem sie Software zur Abrechnung des Entlastungsbetrags für Hilfen im Alltag nach § 45a SGB XI zur Verfügung gestellt bekommen, unter anderem bei der Rechnungsstellung an die Krankenkassen;
- über Unterstützung für erforderliche Anerkennung von mindestens Pflegegrad 1 der Hilfeleistenden, so dass diesen monatlich 125 Euro zur Verfügung stehen;
- zum Einhalten der jeweils bundesländerbezogenen Ausführungsbestimmungen, die fast immer eine Schulung der Helfenden erfordern;
- beim Erreichen und Einhalten des Gemeinnützigkeitsstatus der Seniorengemeinschaften, durch den die Helfenden über die Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale erst eine Entschädigung erhalten können.

Prototyp III: investitionsgeprägt für Seniorengemeinschaften mit Immobilien

Seniorengemeinschaften übernehmen zunehmend die soziale und infrastrukturelle Versorgung in einem Stadtteil oder einer Gemeinde durch Kauf, Bau und Betrieb einer Sozialimmobilie mit Pflege und pflegeergänzenden Angeboten. Im Idealfall geschieht dies als Kooperation zwischen Kommune und Genossenschaft. Dies lässt sich erleichtern durch:

- Betreuung bei Bau oder Erwerb einer Sozialimmobilie mit Bürgerkapital zur Behebung oder Vermeidung von Defiziten seitens der Gemeinde;
- Begleitung einer bedarfsgerechten Gestaltung der Sozialimmobilie und Hilfen bei der anschließenden Verwaltung für die gewünschte Nutzung;
- Unterstützung bei der Auswahl der Mieter*innen entsprechend der gewünschten Belegung;
- Übernahme von Aufgaben bei der Verwaltung oder anderer Dienstleistungen für die mietenden Pflege- und Versorgungsanbieter;
- Organisation des gemeinsamen Einkaufs für die Mieter*innen als auch für Mitglieder der Gemeinde wie gemeinschaftlicher Einkauf von Medikamenten und Hilfsmitteln.

VERANSTALTUNG IN KASSEL

Bundesversammlung des kooperativen Wirtschaftens

ANZEIGE

Gefangene nicht vergessen!

In schwierigen Zeiten sind verlässliche Informationen lebenswichtig.

Bitte spenden Sie »contrast« für Gefangene zum Preis von jährlich 45,00 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:
 Freiabonnements für Gefangene e.V.
 Bank für Sozialwirtschaft
 IBAN: DE02 1002 0500 0003 0854 00
 Kennwort: »contrast«
www.freiabos.de

 Freiabonnements für Gefangene e.V.

Zum Abschluss des Projektes Teilgabe wird am 24. Juni in Kassel eine »Bundesversammlung des kooperativen Wirtschaftens in Deutschland« stattfinden – die erste Versammlung dieser Art. Das Ziel ist, möglichst viele Akteure und Unterstützer*innen des kooperativen Wirtschaftens zusammenzubringen, um über Formen der Vernetzung und wirtschaftliche Formen der Zusammenarbeit zu diskutieren und im Idealfall zu beschließen.

GRETA FRANKE, BERLIN

Sozialunternehmen, Genossenschaften, Bürgergesellschaften und Vereine wirtschaften kooperativ und gemeinwohlorientiert in verschiedenen Sektoren wie Landwirtschaft, Energie und Wohnen. Ihr wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Beitrag zur Stabilität und Nachhaltigkeit in zentralen Versorgungsbereichen wird auch politisch zunehmend anerkannt. Bisher fehlt es jedoch an einem klaren, geteilten gemeinsamen Selbstverständnis der vielfältigen Akteure und an Kooperationen über Handlungsfelder und Sektoren hinweg. Kooperativ wirtschaftende Akteure können viel dabei gewinnen, wenn sie zusammenarbeiten.

Im Forschungsprojekt Teilgabe werden entlang von fünf Fallstudien die Chancen von kooperativer Verbundwirtschaft und Dachorganisationen aufgezeigt, aber auch zahlreiche Hindernisse für mehr Kooperation identifiziert. Die Ergebnisse des Forschungsprojekts sollen auf der Bundesversammlung präsentiert und diskutiert werden. Ebenfalls wird die Veranstaltung viel Raum für eine intensive und zukunftsorientierte Begegnung von kooperativ wirtschaftenden Organisationen bieten und jenen, die sie unterstützen.

Ziele der Veranstaltung sind das Verständnis für das, was kooperatives Wirtschaften ausmacht, zu stärken, intensiv über stützende Verbundstrukturen zu diskutieren und neue Allianzen anzustoßen. Die Bundesversammlung ist kein Abschluss eines Projekts, sondern als wichtiger Schritt für einen Aufbruch gedacht: Gemeinsam gilt es, eine Agenda und neue Wege für das kooperative Wirtschaften zu entwickeln. Die Bundesversammlung wird am 24. Juni 2023 im Schlosshotel Kassel-Wilhelmshöhe 9.30 bis 18.30 Uhr stattfinden.

Das (vorläufige) Programm beginnt mit einer Begrüßung, einer Key-Note zu kooperativem

Wirtschaften in Deutschland und Impulsen von Praxisakteuren aus verschiedenen Versorgungsbereichen. Am Vormittag werden Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt Teilgabe insbesondere zu Chancen und Vielfalt der Verbundwirtschaftlichkeit im kooperativen Wirtschaften präsentiert und zur Diskussion gestellt. In den Pausen gibt es Zeit zum Kennenlernen und Vernetzen. Für eine ausreichende Verpflegung beim Mittagessen wird gesorgt – bei gutem Wetter auf der Terrasse.

Am Nachmittag sind Raum und Zeit für den Austausch in kleineren Gruppen zu verschiedenen Themen vorgesehen. Hier können Teilnehmende auch eigene Themen einbringen. Danach werden die Ergebnisse zusammengetragen und ein Ausblick skizziert, um den Tag möglichst mit einer gemeinsamen Perspektive abzuschließen.

Alle Akteure des kooperativen Wirtschaftens und ihre Unterstützer*innen sind herzlich zur Bundesversammlung eingeladen. Die Anmeldung wird im Frühjahr 2023 eröffnet.

Alle weiteren Informationen werden auf der Projekthomepage veröffentlicht: www.teilgabe.net

Laufende Informationen zur Veranstaltung sind hier zu finden: <https://bit.ly/3WLAWyJ>